

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS

FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 36, Heft 2 | 2023

Ricardo Kaufer

Letzte Generation: Konflikte, Grenzen und Aussichten

Zusammenfassung: Im vorliegenden Beitrag werden die massenmediale Berichterstattung und die parteipolitische Kommunikation über den Protest der Letzten Generation ausgewertet. Weiterhin wird die Kommunikation der Letzten Generation hinsichtlich ihres Politikverständnisses sowie hinsichtlich der Ursachen des Klimawandels untersucht. Im Ergebnis zeigt die Auswertung, dass die Letzte Generation in ihrer massenmedialen Berichterstattung überwiegend neutral die Aktionsformen, Organisationsweise, Strategie und staatliche Reaktionen auf den Aktivismus abbildet. Die parteipolitische Kommunikation ist ablehnend. Das Politikverständnis der Letzten Generation ist etatistisch und kaum auf gesellschaftliche Bündnisbildung ausgerichtet. Der Wachstumszwang und das Profitmotiv im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise werden nicht als Ursachen des Klimawandels benannt.

Schlüsselwörter: Letzte Generation; massenmediale Berichterstattung; parteipolitische Kommunikation; Politikverständnis; Klimawandel

Abstract: In this article, mass media coverage and party political communication about the protest of the Last Generation are evaluated. Furthermore, the communication of the Last Generation is analysed with regard to their understanding of politics and the causes of climate change. As a result, the evaluation shows that the Last Generation's mass media coverage is predominantly neutral in its portrayal of the forms of action, organisational methods, strategy and state reactions to the activism. Party political communication is dismissive. The Last Generation's understanding of politics is etatist and hardly oriented towards social alliance building. The growth compulsion and the profit motive within the framework of the capitalist mode of production are not named as causes of climate change.

Keywords: Last generation; mass media coverage; party political communication; understanding of politics; climate change.

1. Einleitung

Die Letzte Generation (nachfolgend auch „LG“) erregt die Gemüter, ruft scharfe Kritiken durch Journalist*innen, Bürger*innen und Politiker*innen hervor (vgl. Kumkar 16.11.2022; Schaible 25.04.2023) und ist dennoch angesichts der öffentlich vorgetragenen Anfeindungen und Kritiken erstaunlich ausdauernd und widerstandsfähig hinsichtlich der Bereitschaft der Aktivist*innen sich weiterhin für den Klimaschutz einzusetzen und Repressionen zu ertragen. So wurden im März 2023 erstmals Aktivist*innen der Letzten Generation durch ein Gericht (Amtsgericht Heilbronn) wegen Nötigung in der Form einer Straßenblockade zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt (Bredow 07.03.2023; Müller 17.04.2023). Diese Verurteilung sowie die aktuell erteilten Bußgeldzahlungen gegen die Letzte Generation (Fuhr/Schwanitz 20.05.2023) stellen eine neue Dimension der Behandlung der Aktivist*innen durch die Justizbehörden dar und kann als eine Folge des verschärften Diskurses über den Aktivismus der Letzten Generation interpretiert werden (Kumkar 16.11.2022).

Zu fragen wäre angesichts dessen, inwieweit die Richter*innen mit ihren Entscheidungen der massenmedial kommunizierten Kritik an den Aktionsformen der LG folgen oder diese zumindest aufnehmen¹, inwieweit die parteipolitischen und themenspezifischen Präferenzen der Richter*innen einen Einfluss auf die rechtliche Einordnung des Aktivismus ausüben und ob der richterliche Ermessensspielraum auf der Basis des Radikalisierungsdiskurses verengt wird. Die richterliche Entscheidung, wonach der Aktivismus der LG einen sanktionswürdigen Straftatbestand darstellt, soll hier nicht weitergehend diskutiert werden. Dennoch stellt diese Einschätzung in Verbindung mit dem parteipolitischen und massenmedialen Diskurs einen Anlass dar, um die zunehmende Konfliktivität des Aktivismus der LG zu diskutieren und die Relevanz der multiperspektivischen Auseinandersetzung mit jenem zu verdeutlichen.

Die Reaktionen auf den Aktivismus der Letzten Generation sind jedoch nicht nur zurückweisend und ablehnend, sondern enthalten auch konstruktive Diskursbeiträge, in denen Wissenschaftler*innen und Publizist*innen als Reaktion auf den Aktivismus der Letzten Generation Vorschläge zur Bearbeitung der Klimakrise unterbreiten (vgl. Peukert 04.05.2023). Vor diesem Hintergrund werden im vorliegenden Beitrag verschiedene Perspektiven auf die Letzte Generation zusammengetragen und folgende Fragen beantwortet:

- Wie werden die Aktionsformen massenmedial begleitet und welche Argumentationsformen werden im Diskurs über die Letzte Generation verwendet?
- Wie bewerten die Parteien den Aktivismus der Letzten Generation und welche Unterschiede in der Kommunikation über die Letzte Generation sind zu beobachten?
- Wie ist das Verhältnis zwischen Staat, Politik und Bewegung in der Ideologie der Letzten Generation zu verstehen?
- Welche Ursachen des Klimawandels werden seitens der Letzten Generation kommuniziert?

¹ Anders formuliert: In welchem Umfang fließen bewusst oder unbewusst die Wahrnehmungen gesellschaftlicher Diskurse und Meinungen in die richterliche Entscheidungsfindung ein? Für das Entscheidungsverhalten des Bundesverfassungsgerichts und anderer Verfassungsgerichte gibt es hierzu Studien, welche den Einfluss der öffentlichen Meinung nachweisen können (vgl. Ewert/ Hein 2016; Robertson 2010; Sternberg/ Gschwend/ Wittig/ Engst 2015). Zu fragen ist zudem, inwieweit die politischen Einstellungen der Richter*innen die Entscheidungspraxis beeinflussen.

Um diese Fragen zu beantworten, wurden Zeitungsartikel, Pressemitteilungen der Parteien des Deutschen Bundestages, der Internetauftritt und Pressemitteilungen der Letzten Generation ausgewertet. Die theoretische Grundlage der Studie besteht in einem konflikttheoretischen Ansatz, welcher die Eskalation des Diskurses über die Letzte Generation als Folge eines Interessenkonfliktes und einer eingreifenden Politikform versteht. Die zentralen analytischen Kategorien des vorliegenden Beitrages für ein Verständnis des Aktivismus der Letzten Generation sind Interessen und Konflikte. Interessen sind „Vorlieben, Wünsche, Präferenzen und Bedürfnisse, die das Verhalten von Individuen und Gruppen direkt und indirekt beeinflussen“ (Lenz/ Ruchlak 2001: 98). Weiterhin sind Interessen handlungs- und gegenstandsbezogene Orientierungen mit dem Bezug zum Nutzen eines Gegenstandes. Rheinberg und Engeser formulieren, dass das Interesse eine „besondere Motivationsform ist, die durch die Ausrichtung auf einen bestimmten Gegenstand charakterisiert ist“ (Rheinberg/ Engeser 2018: 426) und Akteure zu Realisierungshandlungen anregt. Für die folgende Auswertung des Diskurses über die Letzte Generation sind einerseits die Interessen der politischen Parteien an der Erhöhung der öffentlichen Zustimmung zur ihren Positionen – basierend auf formulierten Kritiken an der Letzten Generation und am Schutz eigener klimapolitischer Positionen vor Kritiken – und andererseits das Interesse der Letzten Generation an einem effektiven Klimaschutz durch Staatshandeln zentral. Konflikte werden hier als Gegensätze „zwischen Interessen und der daraus resultierende Streit“ (Lenk/ Ruchlak 2001: 116) definiert. Interessenkonflikte werden damit als gegensätzliche Bestrebungen zur Realisierung von Interessen verstanden, die in der politischen Auseinandersetzung zwischen kollektiven Akteuren auftreten und sich in der Formulierung von politischen Programmen und Forderungen ausdrücken. Die Letzte Generation trägt den Streit als Ausdruck von Interessengegensätzen auf die Straße und zwingt somit die Öffentlichkeit und die Regierungen zu einer Positionierung. Festkleben und Blockaden können somit als Formen der Streitaustragung verstanden werden. Mit dieser Politik der Blockade des öffentlichen Lebens soll angemessenes Regierungshandeln erzwungen werden.

Ein weiteres Element des theoretischen Rahmens der Studie ist eine politökonomische Perspektive auf die Ursachen des Klimawandels, welche beinhaltet, dass die Institutionen der kapitalistischen Produktionsweise, nämlich der Zwang zur Kapitalakkumulation und die permanente Ausweitung der Warenproduktion, die Klimakrise und weitere sozioökonomische Krisenphänomene verursachen. Diese Perspektive beinhaltet zudem, dass die Klimakrise nicht mit der Einführung einzelner Politikinstrumente zu bewältigen ist, sondern eine umfassende Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erfordert. Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen der Letzten Generation als niedrigschwellige Politikangebote zu verstehen, welche jedoch auf eingreifende Art und Weise kommuniziert und auf die politische Agenda des deutschen Parlamentarismus gesetzt werden.

Nachfolgend wird aufgezeigt, dass es eine Polarisierung der Berichterstattung sowie der parteipolitischen Kommunikation über den Aktivismus der Letzten Generation gibt. Einerseits wird sowohl massenmedial als auch parteipolitisch relativ neutral über die Aktionsformen berichtet und kommuniziert und andererseits werden Berichte und Mitteilungen über den Aktivismus mit Kritiken am anti-institutionellen Handeln der Letzten Generation verbunden. In Abschnitt 2 wird die Methodik der Studie vorgestellt. Daran anschließend werden die Ergebnisse der Analyse der massenmedialen und parteipolitischen Kommunikation über den Aktivismus der Letzten Generation, das Politikverständnis der Letzten Generation sowie die theoretischen Annahmen der Letzten Generation über die Ursachen des Klimawandels diskutiert. Abschließend wird auf die Erfolgsaussichten des Aktivismus der Letzten Generation geblickt und dieser in den Forschungsstand eingeordnet.

2. Methodik der Studie

Die Auswertung von Pressemitteilungen, Programmen und Strategiepapieren von Bewegungsorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden ist eine akzeptierte und relevante Methodik der Datenerhebung in den Sozial- und Politikwissenschaften. Diese Dokumente dienen als Informationsquellen für die wissenschaftliche Klassifikation und Einschätzung von Ideologien und Diskurspositionen dieser Organisationen. Im vorliegenden Beitrag werden die Konflikte um sowie die Grenzen und Aussichten des Aktivismus der Letzten Generation analysiert, da dieses Klimaschutzpolitische Netzwerk seit 2022 eine besonders große massenmediale und parteipolitische Aufmerksamkeit auf sich zieht und andere Bewegungsnetzwerke stark in den Hintergrund gedrängt hat. Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels setzen den Klimaschutz auf der politischen Agenda nach oben und motivieren Aktivist*innen zum Handeln jenseits der staatlichen Institutionen. Deren Handeln und Kommunikation ist damit ein relevanter Indikator für gesellschaftliche Konflikte.

Für die vorliegende Studie werden Zeitungsartikel, Online-Beiträge und Pressemitteilungen genutzt, um zu verstehen und abzubilden, warum und wie Zeitungen und Parteien die öffentliche Wahrnehmung des Aktivismus der Letzten Generation beeinflussen wollen und welche Argumente vorgetragen werden, um den Aktivismus zu delegitimieren, zu unterstützen oder auf eine wertfreiere Art und Weise zu beschreiben. Im Ergebnis entsteht eine Kartierung des Diskurses über den Aktivismus der Letzten Generation in Deutschland und eine Zusammenstellung der Einstellungen der Letzten Generation zur staatlichen Politik sowie zu den Ursachen des Klimawandels. Die untersuchungsleitenden Fragestellungen adressieren die massenmediale und parteipolitische Kommunikation über die LG sowie deren Argumente. Um diese Fragen zu beantworten, wurde zunächst eine systematische Literatursuche im Web of Science, bei Scopus und in den deutschsprachigen Fachdatenbanken Pollux und Sociohub durchgeführt (Suchbegriffe: „Letzte Generation“; „Last Generation“), um bereits vorhandene Literatur zu identifizieren und auszuwerten. Darüber hinaus wurden Zeitungsdatenbanken nach Zeitungsartikeln über die Letzte Generation durchsucht.

Die parteipolitische Kommunikation über den Aktivismus der Letzten Generation wurde im Rahmen einer Stichwortsuche auf der Plattform des Anbieters für Politikmonitoring Polit-X durchgeführt. Hier konnten die relevanten Pressemitteilungen der Parteien identifiziert und hinsichtlich der Bewertung des Aktivismus der Letzten Generation ausgewertet werden. In den nachfolgenden Abschnitten werden die Ergebnisse vorgestellt. Die einzelnen Dokumente wurden systematisch hinsichtlich der Bewertungen des Aktivismus, seiner Grenzen, des Politikverständnisses sowie der Kommunikation der Ursachen des Klimawandels gelesen. Hier soll keine quantitative Abbildung der Verteilung von Argumenten vorgenommen, sondern Zusammenstellung des Diskurses über die Letzte Generation präsentiert werden.

3. Massenmediale Rezeption der Aktionsformen der Letzten Generation

Die Aktionen der Letzten Generation werden einer breiten Öffentlichkeit durch die Berichterstattung in regionalen und überregionalen Zeitungen, in Fernseh- und Radiobeiträgen sowie durch online-basierte Artikel und Kommentare zugänglich gemacht. Im Rahmen dieser Berichterstattung werden die Aktionsformen, die Organisation und der Kontext sowie die Folgen des politischen Aktivismus der Letzten Generation beschrieben, diskutiert und bewertet. Dabei werden sowohl neutrale Beschreibungen und Auswertungen und positiv-wohlwollende Kommentare formuliert als auch

Kritiken hinsichtlich der Aktionsformen kommuniziert. In diesem Abschnitt wird die massenmediale Berichterstattung anhand der systematischen Auswertung von Zeitungsartikeln aus regionalen und überregionalen Zeitungen vorgestellt. Das Ziel ist es, die massenmediale Kommunikation² hinsichtlich der Typen der Argumentation (neutrale Beschreibung, positiv-wohlwollende Berichterstattung oder Kritik) und der Bewertung des Aktivismus einzuordnen. Hierzu wurden 50 Zeitungsartikel identifiziert, in denen die Letzte Generation Gegenstand der Berichterstattung war, und diese wurden gelesen, um Hinweise auf die Typen der Argumentation und die Bewertung des Aktivismus zu erlangen. Als Hinweise für eine Bewertung der Aktionsformen durch die Zeitungen und Autor*innen diente die Skandalisierung des Aktivismus oder der Organisationsform (z. B. Hinweise auf eine hierarchische Struktur in der Organisation der Letzten Generation), die Diskussion einer vermeintlichen Doppelmoral der Aktivist*innen (z.B. Flugreisen oder Gehälter der Aktivist*innen) oder die Diskussion des Aktivismus als gesetzwidrige Handlungen (evtl. Verweis auf Terrorismus). Durch die systematische Lektüre der Zeitungsartikel hinsichtlich der Argumentationsschwerpunkte konnten folgende Themenbereiche identifizieren werden:

- Forderungen der Letzten Generation etwa nach einem Gesellschaftsrat (vgl. Posener 19.02.2023)
- Kritik an der Kooperation von gewählten Politiker*innen mit Aktivist*innen der Letzten Generation (Kopietz 09.02.2023)
- Diskussion der hierarchischen Organisation der Letzten Generation (Pfahler/ Dinger 05.02.2023; Stanek 04.02.2023)
- Finanzierung der LG und „Gehälter“ für Aktivist*innen (vgl. Pfahler/ Dinger 05.02.2023, 07.11.2022, Pfahler 18.01.2023)
- Diskussion und Kritik der Aktionsformen (Pfahler / Dinger 05.02.2023)
- Rekrutierung und Bindung neuer Mitglieder (vgl. Pfahler/ Dinger 05.02.2023)
- Professionalität der internen Organisation (Pfahler/ Dinger 07.11.2022; Pfahler 18.01.2023)
- Verbindungen zu anderen Organisationen (z. B. die Kirchen) und Netzwerken (Fridays for Future) (Stuttgarter Zeitung 14.12.2022; Welt online 2023c; Zotter 14.12.2022)
- Berichterstattung über repressive Maßnahmen gegen die Letzte Generation
- Berichterstattung über die Strategie der Letzten Generation (z. B. die Nutzung von Angst erzeugenden Narrativen oder Ideen hinsichtlich einer eigenständigen Parteigründung) (vgl. Kurier 31.12.2022; Fiedler 22.03.2023)
- Diskussion über die potentielle Doppelmoral der Aktivist*innen der Letzten Generation (Dorfer 02.02.2023)

Es zeigt sich, dass die massenmediale Kommunikation über den Aktivismus der LG auf die zuvor angeführten Themenbereiche konzentriert ist und die jeweiligen Berichte die Präferenzen und Werturteile der Autor*innen deutlich machen. So sind die Beiträge von Pfahler sowie Pfahler und Dinger jeweils als kritisierende und entlarvende Artikel formuliert. Darin sollen die Aktionen durch die vermeintliche Doppelmoral der Aktivist*innen, etwa hinsichtlich des finanziellen Hintergrundes der LG, diskreditiert werden. Die Forderungen der Letzten Generation, etwa hinsichtlich der Einführung eines Gesellschaftsrates, werden teilweise scharf kritisiert und zum Beispiel als „Politikstil nach Lenin“

² Eine Auswertung der Social-Media-Kommunikation über die Letzte Generation ist nicht Gegenstand des methodischen Ansatzes.

(Posener 19.02.2023) oder als Klimadiktatur eingeordnet (vgl. Posener 19.02.2023; Pütz 23.01.2023). Spekuliert wird, ob die Letzte Generation demokratische Ideale zu Gunsten des Klimaschutzes opfern und Dissens hinsichtlich der Klimapolitik unterdrücken wollen würde (Posener 19.02.2023).

Die Berichterstattung hinsichtlich der Kooperation von gewählten Politiker*innen mit Aktivist*innen der Letzten Generation ist neutral und dokumentiert den Austausch und die Kritiken an der Kooperation. Kopietz etwa bildet die Kritik eines Berliner CDU-Bezirksverordneten und CDU-Abgeordneten des Senats am Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg ab, welches Räumlichkeiten für Vorträge der Letzten Generation zur Verfügung stellte (vgl. Kopietz 10.02.2023). Berichtet wird über die Unterstützung der Forderung der LG nach einer Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2030 durch den Tübinger Oberbürgermeister Palmer (vgl. Süddeutsche Zeitung online 06.03.2023) oder über die Zusicherung des Hannoveraner Oberbürgermeisters Belit Onay (Grüne) an die Aktivist*innen, dass er „deren Forderung nach einem Gesellschaftsrat mit einem Brief an die demokratischen Bundestagsfraktionen unterstützen“ (Welt 2023f) werde.

Hinsichtlich der hierarchischen Organisationsweise der Letzten Generation wird auf die Existenz eines Führungsgremiums und die Führung von Listen über Mitglieder und deren Eigenschaften verwiesen (Pfahler/ Dinger 05.02.2023; Stanek 04.02.2023). Geschlossen wird daraus, dass keine durchweg demokratische Binnenorganisation existiere. Die Diskussion der Finanzierung und der „Gehälter“ für Aktivist*innen (vgl. Pfahler/ Dinger 05.02.2023) enthält die implizite Kritik an der Vorgehensweise der LG, da sie einerseits die Bürger*innen von der Arbeit abhalte und andererseits selbst über erhebliche Finanzmittel verfüge. Auch wird kritisch kommentiert, dass die Finanzierung der LG durch den Climate Emergency Fund zur Uniformität des Aktivismus beitrage (Pfahler/ Dinger 07.11.2022).

Detailliert wird über die Finanzmittel der LG berichtet. Pfahler berichtet über Finanzmittel in Höhe von „901.832 Euro“ (Pfahler 18.01.2023) und der Tagesspiegel verweist auf „891,832,61 Euro“ (Der Tagesspiegel 16.01.2023). Pfahler und Dinger berichten über die Gehälter für „AG-Arbeitende“ (Pfahler/ Dinger 07.11.2022) und Pfahler verweist auf den Transparenzbericht der LG, welcher Löhne für „Bildungsarbeit im Sinne des gemeinnützigen Zwecks des Wandelbündnisses, z. B. für Klima-Vorträge“ (Pfahler 18.01.2023) enthalte. Zudem berichtet Pfahler über die widersprüchliche Kommunikation der LG hinsichtlich der „Gehälter“:

„Intern kommunizierten Aktivisten dies jedoch anders. Bei Informationsveranstaltungen, an denen WELT im Dezember teilnahm, verschwiegen führende Mitglieder der „Letzten Generation“, dass es sich bei den Zahlungen um Gehälter für Bildungsarbeit handeln würde. Stattdessen erklärte ein Mitglied des internen ‚Jobcenters‘ der ‚Letzten Generation‘ die Gehälter seien explizit nicht an besondere Tätigkeiten gebunden: "Das ermöglichen wir einfach, damit es vielen Menschen möglich ist, für das gemeinsame Ziel, was wir alle haben, vielleicht sogar ihren Job aufzugeben." Die Gehälter würden sich nicht nach den Arbeitsstunden berechnen, sondern danach, was die Aktivisten zum Leben bräuchten. Maximal könne man derzeit 1300 Euro monatlich zahlen, hieß es im Dezember.“ (Pfahler 18.01.2023)

Sowohl neutral als auch ablehnend wird über die Aktionsformen berichtet (vgl. zum Bericht über 1250 Straßenblockaden seit Anfang 2022 Hirsch/ Schmitt-Roschmann 23.01.2023; Jöhlinger 18.11.2022; Pfahler/ Dinger 05.02.2023; Pütz 23.01.2023; Rahrish 20.01.2023; Rheinische Post 23.01.2023; taz 03.11.2022; Welt online 2023b). Zotter berichtet über die Selbstanzeigen der Aktivist*innen im Zuge

von Hausdurchsuchungen und interpretiert diese als Methode der „Lähmung“ der Gerichte (Zotter 14.12.2022; vgl. auch Welt online 2023a). Negative Einordnungen des Aktivismus werden häufig vorgenommen und drücken sich etwa in der Einschätzung der LG als Netzwerk mit „Parallelität zu einer Sekte“ (Dolomiten 25.02.2023; Katholische Nachrichtenagentur 11.02.2023) oder als Angriffe auf die demokratische Entscheidungsfindung sowie den Kulturbetrieb aus (vgl. Brüggemann 2023; EuroNews 04.12.2022; Frankfurter Neue Presse 05.11.2022).

Breitflächig wird über Reaktionen seitens der Regierungen (vgl. zur Berichterstattung über Forderungen nach Beobachtungen der LG durch den Verfassungsschutz durch den Minister des Inneren in Nordrhein-Westfalen Herbert Reul Keßler 02.12.2022; Welt online 2022) oder anderer Akteure (vgl. zur Kritik der Gewerkschaft der Polizei an der Blockade der A100 in Berlin Welt online 2023d) berichtet. So wird auf Äußerungen des hessischen Ministers des Inneren und für Sport Peter Beuth (CDU) verwiesen, welcher den Aktivismus als „politischen Erpressungsversuch“ (vgl. auch Jöhlinger 05.12.2022; Kuszlik 26.12.2022; Welt online 2022) einordnete.

Ablehnend wird über die Rekrutierung und Bindung neuer Mitglieder berichtet und auf Ansprachen anhand von Angstretorik („Endzeit“) und basierend auf Signalen der sozialen Nähe verwiesen (Pfähler/ Dinger 05.02.2023). Hinzu kommt die ablehnende Berichterstattung über die Professionalität der internen Organisation (Pfähler/ Dinger 07.11.2022) und die Verweise auf die erheblichen Finanzmittel sowie die hauptamtlich tätigen Aktivist*innen (Pfähler 18.01.2023). Berichtet wird auch über die Verbindungen der Letzten Generation zu anderen Organisationen und Netzwerken, z. B. des Berliner Vereins Wandelbündnis, Just Stop Oil, Climate Emergency Fund, Fridays for Future (vgl. zur Kritik von FFF an der „Kriminalisierung des Klimaprotestes“ Stuttgarter Zeitung 14.12.2022; Zotter 14.12.2022) oder zu den Kirchen. Hier wird auf die Arbeitsgemeinschaft Vernetzung mit den Kirchen der Letzten Generation verwiesen (Welt online 2023c) und vor welchen Herausforderungen die Vertreter*innen der Kirchen stehen, wenn sie Stellung zum Aktivismus der LG beziehen müssen (ebd.).

Zahlreiche Artikel dokumentierten die polizeilichen Maßnahmen gegen die Letzte Generation, z. B. Hausdurchsuchungen (Stuttgarter Zeitung 14.12.2022), oder die staatsanwaltschaftlichen Anklagen der Aktivist*innen, z. B. der Vorwurf der Gründung einer kriminellen Vereinigung wegen Störaktionen rund um die Ö Raffinerie in Schwedt an der Oder (vgl. Vollmer/Haufe 28.02.2023; Zotter 14.12.2022). Auch werden die Beschwerden der LG gegen Razzien dokumentiert (Stuttgarter Zeitung 14.12.2022; Zeit online 13.02.2023). Ausführlich wird über die 1185 Strafverfahren gegen die LG berichtet (Welt online 2023b).

Wichtige Hinweise zu differenzierten Einschätzungen des Aktivismus des LG durch die Justizbehörden werden auch geliefert. So wird über die Einschätzung der Staatsanwaltschaft Berlin berichtet, wonach kein Grund zur Einstufung als kriminelle Vereinigung vorliege (Welt online 2023b). Dokumentiert wird auch die Einschätzung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang, welcher die LG nicht für „extremistisch“ hält (Frankfurter Rundschau 16.03.2023). Wiederkehrend werden die die Strategie der LG sowie deren Interpretation der Ergebnisse der Klimaforschung kritisiert (Kurier 31.12.2022). Insgesamt ist die Skandalisierung des Aktivismus zu beobachten, dies findet sich insbesondere in Artikeln der Zeitung Die Welt. Zudem wird häufig die hierarchische Struktur kritisiert und auf ein vermeintliches Demokratiedefizit verwiesen.

Auch richtet sich die Kritik auf die identifizierte Doppelmoral der Aktivist*innen der Letzten Generation (Reisen und große Finanzmittel für den Aktivismus). Der sozioökonomische Status der Aktivist*innen,

studierend und nicht-erwerbstätig, dient als Delegitimationsargument und soll die Zustimmung zu den Aktionsformen reduzieren. Als Typen der Argumentation in der massenmedialen Berichterstattung über die Letzte Generation können folglich eine polemisierende Kritik (Demokratiedefizit, Sektenartigkeit, Angst-Rhetorik, Doppelmoral) sowie eine neutrale Beschreibung von Ereignissen identifiziert werden.

4. Parteipolitische Kommunikation und Kritik der Letzten Generation

Die Stichwortsuche auf der Plattform polit-X nach Pressemitteilungen der Parteien anhand der Suchworte „Letzten Generation“, „Klima-Aktivismus“, „Klimakleber“, „Straßenblockade“ und „Protest“ ergibt 28 Treffer (Stand: 02.05.2023). Dabei wurden 16 Pressemitteilungen der Alternative für Deutschland (AfD), 5 Pressemitteilungen der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU, 3) und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU, 2), 4 Pressemitteilungen der Partei Die Linke und 2 Pressemitteilungen der Freien Demokratischen Partei (FDP) gefunden³. Ausgewertet wurden die Pressemitteilungen der Parteien hinsichtlich der Einordnung des Zivilen Ungehorsams sowie dessen Kompatibilität mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, der Kommunikation von Argumenten einer normativen Akzeptabilität des Aktivismus auf Grund der Notwendigkeit des Klimaschutzes und hinsichtlich der Folgen für die Akzeptanz des Klimaschutzes.

Beginnend mit der **AfD** ist, wie zu erwarten stand, festzustellen, dass eine Ablehnung der Protestaktionen formuliert, eine strafrechtliche Verfolgung sowie eine Finanzierung der Polizeieinsätze durch die Aktivist*innen der LG gefordert (AfD 14.07.2022) und die Letzte Generation als „terroristische Vereinigung“ (AfD 19.04.2023) bezeichnet wird. Die AfD benennt die Aktionen als gesellschaftsschädigend, da Rettungswagen blockiert und „Eingriffe in den Straßenverkehr“ vorgenommen sowie Kulturgüter beschädigt würden (AfD 19.04.2023). Für die AfD stellt die LG eine „Minderheit dar, die ... unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen will“ (ebd.). Gefordert wird deshalb ein Verbot der Organisation, welche eine „Verachtung für Grundpfeiler des Zusammenlebens“ (AfD 06.03.2023) in Deutschland zum Ausdruck bringe und den Rechtsstaat verhöhne (AfD 24.02.2023). In der Forderung nach einem Gesellschaftsrat sieht die AfD eine Verachtung für die Demokratie (AfD 31.01.2023). Auch werden Aktionen wie das Abschneiden von Weihnachtsbaumspitzen als Ausdruck der Verachtung für Traditionen interpretiert (AfD 22.12.2022).

Die AfD bezeichnet die LG als „extremistische Verfassungsfeinde“ (AfD 05.12.2022) und verweist auf ihre allgemeine Kritik am Verfassungsschutz: „es überrascht wenig, dass der Verfassungsschutz, der längst ein linientreuer Regierungsschutz ist, keine Veranlassung sieht, hinsichtlich der radikalen und kriminellen ‚Letzten Generation‘ tätig zu werden – der freilich mehr als fragwürdige Zweck heiligt hier offenbar die Mittel der Klimaterroristen.“ (AfD 17.11.2022). Das Narrativ des Umwelt- oder Klimaterrorismus wird regelmäßig wiederholt (vgl. AfD 20.04.2022). Wiederkehrend wird auf die RAF als Beispiel für Radikalisierungsprozesse verwiesen. Dagegen müsse mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln entschieden vorgegangen und höhere Strafen in Erwägung gezogen werden (AfD 07.11.2022).

Zudem bringt die AfD die arbeitenden Bürger*innen in einen Gegensatz zur LG: „Opfer der ‚Letzten Generation‘ sind nämlich diejenigen, die im Gegensatz zu den selbsternannten ‚Klimaaktivisten‘ einer geregelten Arbeit nachgehen und die Steuern bezahlen, mit denen der Einkauf des Schnellbetons

³ Die Pressemitteilungen sind im Anhang aufgeführt.

finanziert wird, mit dem sie sich auf dem Asphalt festkleben“ (AfD 26.07.2022). Festzustellen ist, dass die AfD bemüht ist, den Protest scharf zu delegitimieren und einen Gegensatz zwischen arbeitender Bevölkerung und „terroristischen“ Klimaaktivist*innen aufzubauen. Diese Strategie entspricht der Positionierung der AfD zur Klimapolitik. Auch ist festzustellen, dass die AfD eine Rückbesinnung auf eine vermeintlich durchgreifende Rechtsstaatlichkeit einfordert und die sog. „Kuscheljustiz“, welche nicht entschieden gegen Störverhalten vorgeht, ablehnt (AfD 23.11.2022).

Die AfD stellt das Vorgehen der Justizbehörden gegen die LG dem Vorgehen gegen die Proteste gegen die Coronamaßnahmen gegenüber:

„einzig und sehr überraschend während der Proteste gegen die überzogenen und verfassungswidrigen Coronamaßnahmen konnte der ‚starke Staat‘ seine Handlungsfähigkeit demonstrieren. Ein solches entschlossenes Vorgehen sucht man nun, wenn massive Sachbeschädigungen oder gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr stattfinden, vergeblich“ (AfD 23.11.2022).

Auch die **CDU und die CSU** wenden sich gegen die Protestaktionen der Letzten Generation:

„Die verharmlost so genannten „Aktivisten“ der selbsternannten „Letzte Generation“ kleben sich auf Straßen und attackieren Kunst und Kultur. Sie lehnen Kompromisse ab und terrorisieren uns im Alltag – auf dem Weg zur Arbeit oder zurück, unterwegs für Kinder oder Pflegefälle und in vielen anderen Situationen. Dieses Vorgehen richtet sich gegen unsere Demokratie und gegen unsere Gesellschaft – gegen uns alle. CDU-Generalsekretär Mario Czaja betonte nach einer Sitzung des CDU-Vorstandes: „Man muss dieses unselige Spiel endlich beenden und die Täter härter bestrafen“ (CDU 08.11.2022).

Damit setzt auch die CDU in ihrer Rolle als Oppositionspartei und als traditionelle Partei der Innen- und Sicherheitspolitik auf eine forcierte law-and-order-Strategie. Um sich von der konfrontativen und als destruktiv kommunizierten Strategie der LG abzusetzen, formuliert die CDU den bekannten Kurs der ökologischen Modernisierung mit dem die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaft organisiert werden soll:

„Wir wollen Klimaschutz „Made in Germany“ zum Exportschlager machen, zum Erneuerungs- und Wachstumsmotor unserer Wirtschaft, zum weltweiten Gütesiegel und zum Garanten für neue Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit“ (CDU 27.04.2023). Bezogen auf das Strafrecht fordert die CDU: „Konkret wollen wir eine Erweiterung des Paragraphen 240 StGB, als des besonders schweren Falls der Nötigung, z. B. bei Straßenblockaden, die Rettungskräfte behindern“ (CDU 27.11.2022).

Der bayerische Ministerpräsident Söder wiederholte im Dezember 2022 den Radikalisierungsvorwurf und argumentierte gar, dass es der LG nicht um das Klima gehe, sondern um eine andere Gesellschaft (CSU 09.12.2022). CSU-Generalsekretär Huber forderte zuvor ein entschiedenes Vorgehen des Rechtsstaates (CSU 07.12.2022).

Im Gegensatz dazu nimmt die Partei **Die Linke** eine positiv-wohlwollende Position ein:

„Die Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Gruppe Letzte Generation passen zu der Stimmungsmache in den letzten Wochen. Die Versuche, zivilen Ungehorsam in die Nähe von

Kriminalität zu rücken, dürfen nicht davon ablenken, dass der Grund für den Protest mehr als angebracht ist: Die gegenwärtige Bundesregierung ergreift nicht die notwendigen Maßnahmen, um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Damit setzt sie das vom Bundesverfassungsgericht festgestellte verfassungswidrige Handeln gegen unser aller Lebensgrundlagen fort. Die ‚Letzte Generation‘ handelt in der Tradition des friedlichen zivilen Ungehorsams. Gewaltvoll hingegen ist die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit, an der sich auch die deutsche Bundesregierung beteiligt. Sie gefährdet damit die Lebensbedingungen, die Voraussetzung von Freiheit, Demokratie und Zivilisation sind“ (Die Linke 13.12.2022).

Deutlich wird, dass Die Linke den Aktivismus, gerade mit Blick auf den Klimaschutz, als eine notwendige und legitime Ergänzung zur Partizipation im Rahmen der demokratischen Regierungssysteme betrachtet. Weiterhin wird argumentiert, dass die polizeilichen Maßnahmen gegen den Aktivismus der LG vor dem Hintergrund rechtsextremer Aktivitäten überzogen sei:

„Es ist geradezu absurd, dass vor kaum einer Woche die angebliche Bedrohung durch Klimaaktivisten Hauptthema der Innenministerkonferenz war. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Wir haben in Deutschland bewaffnete Nazis, die Pläne für einen Staatsstreich schmieden, und die Innenminister beschäftigen sich mit Menschen, die sich für das Klima auf die Straße kleben“ (Die Linke 13.12.2022).

Die Linke verweist zudem darauf, dass die LG niedrigschwellige Forderungen aufstellt, um eine Klimaschutzpolitische Reform zu bewirken und zu den Klimaszutzziele beizutragen (ebd.). Auch kritisiert Die Linke, dass die CDU mit ihrer Kritik am Klimaschutzaktivismus von den eigentlichen Problemen, z.B. Lebensmittelverschwendung, ablenkte. Sie forderte deshalb ebenso wie die LG die Aufhebung des Verbots des Containers (Die Linke 18.02.2022). Die FDP wiederum argumentierte, in einer Pressemitteilung des Bundesjustizministers Buschmann, dass der Schutz von Kulturgütern vor politischen Attacken möglicherweise eine Rechtslücke darstelle (FDP 15.12.2022). Zudem kritisierte der Bundesjustizminister den Versuch, die staatliche Politik durch die Durchführung von rechtswidrigen Handlungen erpressen zu wollen (ebd.). Insgesamt bestätigt die Auswertung der Pressemitteilungen der Parteien die Annahme, dass die AfD, die CDU/CSU und die FDP eine ablehnende Haltung gegenüber dem Protest der Letzten Generation einnehmen. Lediglich die Partei Die Linke sieht in dem Aktivismus eine legitime Ergänzung parlamentarischer Politik und kritisiert sogar die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen gegen die Aktivist*innen der LG.

5. Staat und Politik in der Strategie der Letzten Generation

Im vorliegenden Abschnitt sollen das Politikverständnis sowie die Rolle des Staates in der Bewegungstheorie der Letzten Generation diskutiert werden. Folgende Fragen sind untersuchungsleitend:

- Welche Rolle kommt dem Staat resp. der Politik in der Bewältigung gesellschaftlicher Krisen und Probleme zu? (Etatismus vs. Anti-Etatismus) (top-down-Perspektive)
- Wird die Gesellschaft als Träger und kollektiver Agent von Veränderung verstanden?

Zentral für das Politikverständnis der Letzten Generation ist, dass die Proteste und Aktionen dazu beitragen sollen, dass der Staat resp. die Regierungen sich an selbst gesetzte Ziele halten und diese

umsetzen. Hierfür formuliert die Letzte Generation niedrigschwellige Politikvorschläge, z. B. die Forderung nach dem 9-Euro-Ticket sowie das Tempolimit oder die Aufhebung des Verbots des Containers. Darin drückt sich einerseits ein inkrementeller Politikansatz aus, der beinhaltet, dass die Umsetzung vergleichsweise niedrigschwelliger und konkreter Forderungen möglicherweise weitere Politikreformen in Gang setzen kann. Auch signalisiert die Formulierung von Forderungen gegenüber der Regierung, dass die Letzte Generation fordernd aber kooperativ-konstruktiv wirken möchte. In der Bewegungstheorie wird keine antagonistische Position zum Staat oder zur Regierung eingenommen, sondern eine kritisierend-mahnende.

Es wird nicht problematisiert, dass die Regierungen Ko-Verursachende der Klima- und Umweltkrisen sind, da keine ganzheitliche Perspektive auf das Verhältnis von Staat und kapitalistischer Produktionsweise vorliegt. Es fehlt ein Verständnis des Wesens des modernen kapitalistischen Staates als Ermöglicher und Finanzierer der permanenten Erweiterung des Produktionsapparates und -ausstoßes. Da der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft mit seiner Existenz von der Kapitalakkumulation abhängt, welche wiederum einziges Ziel der Gesamtwirtschaft ist, kann er nicht zur Lösung der multiplen Krisen beitragen, sondern verschiebt diese nur permanent (vgl. Lessenich 2015, 2016; Panayotakis 2021).

Entsprechend werden in der Bewegungstheorie der Letzten Generation die Gesellschaft und die Produktionsweise wenig explizit und theoretisch fundiert in den Blick genommen und es wird keine gesellschaftszentrische Transformationsperspektive entwickelt. Lediglich mit der Forderung nach der Einführung eines Gesellschaftsrates wird auf die Rolle der Gesellschaft im Prozess der Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingegangen und die regierungszentrische Perspektive um ein Instrument einer bottom-up-Perspektive erweitert. So formuliert die Letzte Generation in ihrem Brief an die Bundesregierung:

„Mithilfe eines Gesellschaftsrats können wir es schaffen, eine sozial gerechte Transformation einzuleiten. Zufällig gelost, die Gesellschaft abbildend, gründlich, von Expert:innen informiert und auf Augenhöhe diskutierend, haben wir großes Vertrauen darin, dass wir uns alle einigen können, auf mögliche Lösungen für diese Jahrtausendherausforderung.“ (Letzte Generation: Brief an die Bundesregierung, April 2023).

Mit diesem Element kann eine vorsichtige gesellschaftstheoretische Wendung festgestellt werden, welche eine leichte Abkehr vom stark etatistischen Fokus enthält. Dennoch zielt die strategische Perspektive der LG hauptsächlich nicht auf gesellschaftliche Bündnisoptionen ab (vgl. Rucht 2023), sondern versucht durch Störaktionen die unterlassene Klimapolitik der Regierungen anzuprangern. Zusammenfassend kann damit festgestellt werden, dass dem Aktivismus der LG keine theoretisch informierte Theorie der modernen Staatlichkeit oder des Zusammenhangs von Produktionsweise und Staatlichkeit zu Grunde liegt. Vielmehr ist der Aktivismus ausschließlich auf die Erhöhung des Drucks gegenüber der Regierung ausgerichtet und soll dadurch Politikreform und gesellschaftliche Transformation herbeiführen.

6. Ursachen des Klimawandels

In der massenmedialen Debatte ist der Fokus der Berichterstattung über die LG auf deren Aktionsformen und deren Legitimation gerichtet. Weniger zentral ist die Diskussion über die von der LG diagnostizierten Ursachen des Klimawandels als Anlass des Protests, welcher die Bundes- und

Landesregierungen zu effektivem Klimaschutz in allen Politikfeldern drängen soll. Deswegen werden an dieser Stelle die in der Kommunikation der LG identifizierten Ursachen des Klimawandels diskutiert. Die Auswertung der öffentlichen Kommunikation der LG basiert auf folgenden Fragestellungen:

- Ist die kapitalistische Produktionsweise als Ursache des Klimawandels präsent?
- Gibt es eine Analyse der Rolle der Produktion als Ursache von Klimawandel?
- Wird Klimawandel als Folge individuellen Handelns verstanden?
- Wird die Bearbeitung des Klimawandels als Angelegenheit einer kollektiven Agency betrachtet?
- Wird in der Kommunikation der Letzten Generation der Widerspruch zwischen Bedürfnisrationalität und der Rationalität des Kapitalwachstums abgebildet?

Ausgewertet wurden der Internetauftritt der Letzten Generation (Letzte Generation 2023) und die dort veröffentlichten Pressemitteilungen. Im Ergebnis zeigt sich, dass keine Aussagen hinsichtlich der strukturellen Abhängigkeit moderner Gesellschaften vom permanenten Anwachsen des Produktionsapparates auf der Grundlage des Kapitalwachstumsimperativs getätigt werden. Weder finden sich auf den öffentlich zugänglichen Kommunikationskanälen der Letzten Generation Hinweise auf das Profitmotiv der kapitalistischen Produktionsweise als Treiber des Wachstums der Produktion noch werden dort Auseinandersetzungen mit den strukturellen Herausforderungen kapitalistischer Gesellschaften angesichts der marktvermittelten Reproduktion jener geliefert.

Zu finden sind auf der Internetseite der Letzten Generation Kritiken an der erfolgreichen Interessenvertretung von Industrieunternehmen im Rahmen der Klimapolitik sowie Kritiken an der wenig ambitionierten und nicht erfolgreichen Energiepolitik (Letzte Generation 2023: Erklärung). Es werden keine Hinweise auf die Widersprüche zwischen der Bedürfnisrationalität der Individuen und der Rationalität des Kapitalwachstums im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise gegeben. Auch finden sich keine Hinweise auf politökonomische Alternativen zum Wertverwertungszwang und zur Kommodifizierung der Arbeitskraft im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung, wie sie etwa von der Degrowth-Bewegung oder anderen anti-kapitalistischen Bewegungen in den Blick genommen werden. Im Ergebnis ist festzustellen, dass dem Protest der Letzten Generation keine Gesellschaftstheorie oder eine grundlegende Auseinandersetzung mit den Ursachen des Klimawandels zu Grunde liegt.

7. Fazit und Ausblick

Im vorliegenden Beitrag wurden die massenmediale und parteipolitische Kommunikation über den Aktivismus der Letzten Generation sowie das Politikverständnis der Letzten Generation und deren Verständnis von den Ursachen des Klimawandels untersucht. Die Berichterstattung über den Aktivismus der LG wurde in den untersuchten Beiträgen überwiegend neutral gestaltet. Es wurden die Forderungen, die politische Kritik an der Kooperation von gewählten Politiker*innen mit Aktivist*innen der Letzten Generation, Diskussionen über die Organisationsweise und die Finanzierung der Letzten Generation geführt. Darüber hinaus wurde über die Aktionsformen, die Rekrutierung und Bindung neuer Mitglieder, die Professionalität der internen Organisation sowie die Verbindungen zu anderen Organisationen berichtet. Großen Raum in der Berichterstattung nahmen zudem Artikel über die repressiven Maßnahmen gegen die Letzte Generation, deren Strategieentwicklung und Diskussionen über die potentielle Doppelmoral der Aktivist*innen der Letzten Generation ein. Es gibt jedoch in der

medialen Berichterstattung Unterschiede dahingehend, ob und inwieweit Werturteile über den Aktivismus in die Berichterstattung einfließen. So konnte festgestellt werden, dass insbesondere in der Zeitung „Die Welt“ ablehnend und skandalisierend über die Letzte Generation berichtet wurde. Die Artikel in der „Welt“ wurden als Entdeckungen von Widersprüchen und Skandalen des Aktivismus der Letzten Generation gestaltet und sollten damit zur Delegitimierung und Diskreditierung beitragen. Dagegen wurden Berichte in regionalen Zeitungen deutlich neutraler formuliert.

Im Bereich der parteipolitischen Kommunikation gibt es eine klare Tendenz zur Ablehnung des Aktivismus. So lehnen die AfD, die CDU, die CSU und die FDP mit ähnlichen Argumenten den Protest der Letzten Generation ab und kommunizieren unterschiedlich intensiv über den Aktivismus. Während die AfD die meisten Pressemitteilungen zum Aktivismus der LG veröffentlichte und diesen als „Klimaterrorismus“ bezeichnet, folgen auf ähnlichem Niveau CDU, CSU und FDP. Die CDU forderte am deutlichsten Gesetzesänderungen im Bereich des Strafrechts um auf den Aktivismus reagieren zu können. Auf der anderen Seite des Parteienspektrums sieht lediglich die Partei Die Linke im Protest der Letzten Generation eine notwendige Ergänzung der parlamentarischen Politik und versteht diesen als Teil der Tradition des zivilen Ungehorsams.

Bezogen auf das Politikverständnis der Letzten Generation ist festzustellen, dass diese eine klar etatistische Strategie und Politiktheorie verfolgt, wonach zuvorderst der Staat auf Krisen und Katastrophen reagieren müsse. Es wird nicht in Erwägung gezogen, dass die notwendigen Transformationen im Bereich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse durch gesellschaftliche Eigeninitiative und Selbststeuerung vollzogen werden könnten. Begründet wird die etatistische Haltung mit dem Zeitdruck, der von den Herausforderungen des Klimawandels ausgeht. Es wird auch nicht problematisiert, dass die Regierungen Ko-Verursachende der Klima- und Umweltkrisen sind, da keine ganzheitliche Perspektive auf das Verhältnis von Staat und kapitalistischer Produktionsweise vorliegt. Es fehlt ein Verständnis des Wesens des modernen kapitalistischen Staates als Ermöglicher und Finanzierer der permanenten Erweiterung des Produktionsapparates und -ausstoßes. Da der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft mit seiner Existenz von der Kapitalakkumulation abhängt, verschiebt er diese permanent. Entsprechend werden in der Bewegungstheorie der Letzten Generation die Gesellschaft und die Produktionsweise wenig explizit und theoretisch fundiert in den Blick genommen. Mit der Forderung nach dem Gesellschaftsrat kann zumindest punktuell eine Hinwendung zur Gesellschaft beobachtet werden, allerdings fehlt im Bereich der strategischen Ausrichtung eine Anerkennung der Notwendigkeit der Bündnisbildung.

Gesellschaft und die Störung ihrer Abläufe werden lediglich als Mittel betrachtet, um Druck auf die Regierung ausüben zu können. Inwiefern mit dieser Perspektive die Zielsetzungen erreicht werden können, bleibt abzuwarten, aber es ist schon auffällig, dass die Letzte Generation vergleichsweise wenig bestrebt ist, Akzeptanz und Bündnisoptionen zu gewinnen. Auffällig und gravierend ist zudem, dass die Kommunikation der Letzen Generation keine Aussagen zu oder Kritiken an der strukturellen Abhängigkeit moderner Gesellschaften vom permanenten Anwachsen des Produktionsapparates auf der Grundlage des Kapitalwachstumsimperativs enthält. Eine Benennung der politökonomischen Ursachen des Klimawandels unterbleibt und es gibt keinen Verweis auf das Profitmotiv der kapitalistischen Produktionsweise als Treiber des Wachstums der Warenproduktion.

Auch gibt es keine Auseinandersetzung mit dem Widerspruch zwischen der Bedürfnisrationalität der Individuen und der Rationalität des Kapitalwachstums im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise.

Da die Bedeutung des Kapitalwachstums und die Kommodifizierung der Arbeitskraft im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung nicht benannt werden, scheint auch der Blick auf Alternativen zu diesen Institutionen der kapitalistischen Weltgesellschaft verstellt. Hier haben andere soziale Bewegungen wie die Degrowth-Bewegung, die Bewegung für eine Solidarische Ökonomie oder die anarchistischen und kommunistischen Bewegungen deutlich mehr anzubieten.

Angesichts dessen ist fraglich, welche Folgen der Aktivismus der Letzten Generation haben wird. Die Notwendigkeit der starken und schnellen Abkehr vom fossilistischen Kapitalwachstumszwang ist in Teilen der sozialwissenschaftlichen und auch klimawissenschaftlichen Literatur sowie in den zuvor genannten sozialen Bewegungen bereits basales Wissen. Ob diese Einsicht zeitnah in staatliche Politik übertragen werden kann, bleibt angesichts der strukturellen Zwänge des kapitalistischen Weltsystems allerdings gänzlich offen.

Ricardo Kaufer: Email: ricardo.kaufer@yahoo.de

Literatur

Ewert, Stefan/ Hein, Michael 2016: Der Einfluss der Verfahrensarten auf die Politisierung europäischer Verfassungsgerichte. Deutschland, Bulgarien und Portugal im Vergleich. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 57(1), 53–78. <http://www.jstor.org/stable/24877668>.

Frankfurter Allgemeine Zeitung 2023: „Letzte Generation“ legt Flugbetrieb für zwei Stunden lahm. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimaaktivisten-legen-betrieb-am-flughafen-berlin-lahm-18485982.html> (Letzter Zugriff: 28.04.2023).

Fuhr, Lukas; Schwanitz, Johanna 2023: Die „Letzte Generation“ muss Schadenersatz zahlen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Politik. (20.05.2023)

Kohler, Sarah 2022: Politiker kritisieren „Letzte Generation“ scharf. *SZ.de*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ber-flughafen-blockade-klimaaktivismus-reaktionen-letzte-generation-1.5703151> (25.11.2022; Letzter Zugriff: 27.03.2023).

Kumkar, Nils C. 2022: Die Radikalisierung der Radikalisierungsbehauptung. Zum Diskurs über die Letzte Generation. In: Soziopolis. <https://www.sozio.polis.de/die-radikalisierung-der-radikalisierungsbehauptung.html>. (16.11.2022)

Lenz, Carsten/ Ruchlak, Nicole 2001: *Kleines Politik-Lexikon*. München; Wien: Oldenbourg.

Lessenich, Stephan 2015: Die Externalisierungsgesellschaft. Ein Internalisierungsversuch. In: *Soziologie*, Jg. 44, Heft 1, 2015.

Lessenich, Stephan 2016: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.

Letzte Generation 2023: <https://letztegeneration.de/> (letzter Zugriff: 15.05.2023).

Letzte Generation 2023a: *Erklärung*. <https://letztegeneration.de/erklaerung/> (letzter Zugriff: 15.05.2023).

Letzte Generation 2023b: *Brief an die Bundesregierung. April 2023*. <https://letztegeneration.de/brief-an-die-bundesregierung/> (letzter Zugriff: 20.05.2023).

Müller, Wolfgang 2023 (17.04.2023): Heilbronner Klimaaktivisten erneut zu Haftstrafen verurteilt. In: Stimme. <https://www.stimme.de/regional/heilbronn/stadt/lokales/heilbronner-klimaaktivisten-erneut-zu-haftstrafen-verurteilt-letzte-generation-strassenblockade-art-4768242> (letzter Zugriff: 20.05.2023).

Panayotakis, Costas 2021: *The Capitalist Mode of Destruction. Austerity, ecological crisis and the hollowing out of democracy*. Manchester University Press.

Peukert, Helge 2023: Wie radikal müsste es sein? In: OXI. *Wirtschaft anders denken*. <https://oxiblog.de/letzte-generation-wie-radikal-muesste-es-sein/>. (04.05.2023):

Rheinberg, Falko/ Engeser, Stefan 2018: *Intrinsische Motivation und Flow-Erleben*. In: Heckhausen, Jutta/ Heckhausen, Heinz (Hrsg.): *Motivation und Handeln*. Berlin: Springer. S. 423-450.

Robertson, David 2010: *The Judge as Political Theorist: Contemporary Constitutional Review*. Princeton: Princeton University Press.

Rucht, Dieter 2023: Die Gratwanderung der Letzten Generation. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Nr. 2'23, Februar 2023 (blaetter.de)

Schaible, Jonas 2023: Nazis, Taliban, Feinde der Demokratie? Radikalisierte Kritik an der »Letzten Generation«. In: *Spiegel Plus*. (25.04.2023, letzter Zugriff: 28.04.2023).

Sternberg, Stefan/ Gschwend, Thomas/ Wittig, Caroline/ Engst, Benjamin G. 2015: Zum Einfluss der öffentlichen Meinung auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Eine Analyse von abstrakten Normenkontrollen sowie Bund-Länder-Streitigkeiten 1974 – 2010. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 56(4), 570–598. <http://www.jstor.org/stable/24877577>.

Anhang: Zeitungsartikel Letzte Generation

Bredow, Birte 2023 (07.03.2023): »Letzte Generation«-Aktivisten zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt. Spiegel online. Panorama/Justiz & Kriminalität.

<https://www.spiegel.de/panorama/justiz/heilbronn-letzte-generation-aktivisten-zu-mehrmonatigen-freiheitsstrafen-verurteilt-a-3d33a409-9e9e-446e-8974-b1050bdf928b> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Brüggemann, Axel 2023 (Februar 2023): "Sterbende "gegen" Letzte Generation". In: Cicero. Februar 2023, S. 104.

Der Tagesspiegel 2023 (09.01.2023): Letzte Generation. S. B27.

Der Tagesspiegel 2023 (16.01.2023): Letzte Generation. S. B1.

Dolomiten 2023 (25.02.2023): „Letzte Generation" hat das Zeug zur Sekte; Deutschland: Zentralstelle für Weltanschauungsfragen kritisiert Endzeitangst in der Klimaschutz-Bewegung - Schwarz-Weiß-Denken. <https://www.evangelisch.de/inhalte/212306/12-02-2023/kritik-klimaaktivisten-letzte-generation-experte-sieht-parallelen-zu-sekten> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Dorfer, Tobias 2023 (02.02.2023): Letzte Generation beklagt „Doppelmoral" in Flugreisen-Diskussion. https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/letzte-generation-bali-fernreise-flugzeug-aktivismus?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.bing.com%2F (letzter Zugriff: 27.03.2023).

dpa RegioLine 2022 (31.12.2022): Rülke zu Letzte Generation: «Kein ziviler Ungehorsam».

dpa RegioLine 2023 (16.02.2023): Prozess gegen Sprecherin der Klimagruppe Letzte Generation.

dpa RegioLine 2023 (25.02.2023): Letzte Generation: Proteststopp, wenn Regierung einlenkt.

Dürr, Florian 2023 (07.03.2023): Hat sich Boris Palmer erpressen lassen? In: Stuttgarter Nachrichten (StN.de).

EuroNews 2022 (04.12.2022): Polizei will durchgreifen: "Letzte Generation" plant neue Verkehrsblockaden. <https://de.euronews.com/2022/12/04/polizei-will-durchgreifen-letzte-generation-plant-neue-verkehrsblockaden> (letzter Zugriff: 25.05.2023).

Fiedler, Maria 2023 (22.03.2023): „Letzte Generation". Der Tagesspiegel. Politik, S. 4.

Frankfurter Neue Presse 2022 (05.11.2022): Museumsdirektorin kritisiert „Letzte Generation“. S. 17.

Frankfurter Rundschau2023 (16.03.2023): Prüf-Fall „Letzte Generation“? Frankfurter Rundschau. Politik. S. 9.

Hirsch, Christopher/ Schmitt-Roschmann, Verena 2023 (23.01.2023): Ein Jahr „Klimakleber" - Wohin steuert die Letzte Generation? In: Berliner Zeitung. <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ein-jahr-klimakleber-wohin-steuert-die-letzte-generation-li.310120> (letzter Zugriff: 25.05.2023).

Jöhlinger, Kirsten 2022 (18.11.2022): „Letzte Generation“ will Aktionen ausweiten: „Wir machen keinen Beliebtheitswettbewerb“. In: Rheinische Post online.

Jöhlinger, Kirsten 2022 (05.12.2022): Reaktion auf Blockaden: Reul fordert „Letzte Generation“ genau zu beobachten. In: Rheinische Post online.

Kade, Claudia 2023 (22.02.2023): "Letzte Generation"; Immer tiefer in die Spirale der Klimaschutz-Absurditäten. In: Welt online. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243897725/Letzte-Generation-Immer-tiefer-in-die-Spirale-der-Klimaschutz-Absurditaeten.html> (letzter Zugriff: 25.05.2023).

Katholische Nachrichtenagentur (KNA) 2023 (11.02.2023): Religionspsychologe: „Letzte Generation“ hat Parallelen zu Sekte.

Keßler, Felix 2022 (02.12.2022): Innenministerien wollen „Letzte Generation“ genauer beobachten. Spiegel online.

Kopietz, Andreas 2023 (09.02.2023): Letzte Generation in Bezirksraum; CDU empört nach Vorträgen. In: Berliner Zeitung. Brandenburg, S. 9. (online: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/letzte-generation-klima-kleber-duerfen-in-kreuzberger-bezirksraeumen-agitieren-li.315846>). (letzter Zugriff: 25.05.2023).

Kurier 2022 (31.12.2022): Die letzte Generation? Nein, die erste Generation, die den Wandel schafft! <https://kurier.at/meinung/gastkommentar/die-letzte-generation/402279188> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Kuszlik, Alexa 2022 (26.12.2022): Scharfe Kritik von Bundesjustizminister: „Letzte Generation“ - Störaktion in TV-Gottesdienst verhindert. In: Rheinische Post online.

Nordwest-Zeitung 2022 (24.12.2022): Über den Umgang mit Gruppe Letzte Generation. LESERFORUM; S. 41.

Pfahler, Lennart 2023 v (18.01.2023): Finanzen der Klimaaktivisten; „Letzte Generation“ bekam fast eine Million Euro - und verwickelt sich in Widersprüche. In: Welt online. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243233747/Letzten-Generation-Fast-eine-Million-Euro-erhalten-Auch-Autos-wurden-fuer-das-Geld-angemietet.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Pfahler, Lennart/ Dinger, Alexander 2022 (07.11.2022): Professioneller Ungehorsam; Struktur, Finanzierung, Netzwerk - So funktioniert die „Letzte Generation“. In: Welt online. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus241963129/Letzte-Generation-Penible-Strukturen-und-ein-internationales-Unterstuetzernetzwerk.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Pfahler, Lennart/ Dinger, Alexander 2023 (05.02.2023): Klima-Aktivismus; Inside „Letzte Generation“. In: Welt online. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243598911/Klima-Aktivismus-Inside-Letzte-Generation.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Pfahler, Lennart/ Dinger, Alexander 2023 (28.02.2023): „Letzte Generation“; Diese radikalen Aktionen könnten bald folgen. In: Welt online.

Posener, Alan 2023 (19.02.2023): „Letzte Generation“; Ein „Gesellschaftsrat“ zur Rettung des Klimas? Das hätte Lenin gefallen. In: Welt online.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus243850369/Ein-Gesellschaftsrat-zur-Rettung-des-Klimas-Das-haette-Lenin-gefallen.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Pütz, Florian 2023 (23.01.2023): „Letzte Generation“ kündigt bundesweite Proteste an. In: Spiegel online.

Rahrish, Sandro 2023 (20.01.2023): Mitglieder von „Letzte Generation“ klettern auf den Goldenen Reiter. In: Sächsische Zeitung. S. 8.

Rheinische Post 2023 (23.01.2023): Weiter „friedliche Maßnahmen“: Letzte Generation will Blockadeaktionen ab Februar bundesweit ausdehnen. Abrufbar unter: https://rp-online.de/panorama/wissen/klima/letzte-generation-will-blockadeaktionen-ab-februar-bundesweit-ausdehnen_aid-83510109 (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Stanek, Julia 2023 (04.02.2023): „Letzte Generation“ stellte Daten von Aktivisten ins Netz. In: Spiegel online. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/letzte-generation-stellte-daten-von-aktivisten-ins-netz-a-9f7bb28a-55b9-4956-bfd9-d73f3bfba5bc> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Stuttgarter Zeitung 2022 (14.12.2022): Bundesweite Razzia gegen Klimaaktivisten. Stuttgarter Zeitung. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.letzte-generation-bundesweite-razzia-gegen-klimaaktivisten.e8a01f38-cc85-4a63-8493-7190620992e4.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Stuttgarter Zeitung 2022 (14.12.2022): Wer ist die Letzte Generation? S. 7.

Süddeutsche Zeitung online 2023 (06.03.2023): Städte machen Deals mit der „Letzten Generation“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/letzte-generation-boris-palmer-klimaproteste-hannover-tuebingen-1.5763944> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

taz. die tageszeitung 2022 (03.11.2022): Orange Attacke; Die letzte Generation bespricht Parteizentralen mit Farbe.

Vollmer, Julia/ Haufe, Kay 2023 (28.02.2023): Polizei ermittelt gegen „Letzte Generation“. In: Sächsische Zeitung. S. 16.

Welt online 2022 (16.11.2022): Strobl: Aktivisten der „Letzte Generation“ sind Straftäter.

Welt online 2023 (09.01.2023): Letzte Generation übergibt Unterschriften an Justiz.

Welt online 2023a (19.01.2023): Woidke kritisiert Aktivisten: Letzte Generation verteidigt.

Welt online 2023b (20.01.2023): Gruppe Letzte Generation zählt bisher 1250 Straßenblockaden.

Welt online 2023c (26.01.2023): Klimaaktivisten; „Letzte Generation“ sucht Kirchen als Partner. <https://www.welt.de/vermischtes/article243439093/Letzte-Generation-Klimaaktivisten-suchen-Kirchen-als-Partner.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Welt online 2023d (06.02.2023): Letzte Generation blockiert wieder Verkehr in Berlin. <https://www.welt.de/regionales/berlin/article243619161/Letzte-Generation-blockiert-wieder-Verkehr-in-Berlin.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Welt online 2023e (15.02.2023): „Letzte Generation“; Klimaaktivisten schütten Beton auf Berliner Brücke. <https://www.welt.de/vermishtes/weltgeschehen/article243782079/Letzte-Generation-Klimaaktivisten-schuetten-Beton-auf-Berliner-Bruecke.html> (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Welt online 2023f (25.02.2023): „Letzte Generation“ will Proteste stoppen – wenn Regierung einlenkt. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article243967463/Klimaaktivisten-Letzte-Generation-will-Proteste-stoppen-wenn-Regierung-einlenkt.html>. (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Zeit online 2023 (13.02.2023): Letzte Generation legen nach Großrazzia Beschwerden ein. <https://www.zeit.de/news/2023-02/13/letzte-generation-legen-nach-grossrazzia-beschwerden-ein>. (letzter Zugriff: 27.03.2023).

Zotter, Christoph 2022 (14.12.2022): „Letzte Generation“ unter Anfangsverdacht als kriminelle Gruppe. In: *Die Presse*.

Anhang: Pressemitteilungen der Parteien (Stichwortsuche in Polit-X: „Letzte Generation“; „Klimaaktivisten“; „Klimakleber“; „Blockade“; „Straßenblockade“)

AfD (24.04.2023): Stephan Brandner: Wer Rettungswagen blockiert, gefährdet vorsätzlich Menschenleben. <https://www.afd.de/stephan-brandner-wer-rettungswagen-blockiert-gefaehrdet-vorsaeztlich-menschenleben/>

AfD (19.04.2023): Stephan Brandner: Harte Strafen statt Dialog mit Klimaterroristen! <https://www.afd.de/stephan-brandner-harte-strafen-statt-dialog-mit-klimaterroristen/>

AfD (06.03.2023): Stephan Brandner: Anschlag zeigt Demokratieverachtung der Klimahysteriker – mehr Bildung würde helfen. <https://www.afd.de/stephan-brandner-anschlag-zeigt-demokratieverachtung-der-klimahysteriker-mehr-bildung-wuerde-helfen/#:~:text=Alternative%20f%C3%BCr%20Deutschland-,Stephan%20Brandner%3A%20Anschlag%20zeigt%20Demokratieverachtung%20der%20Klimahysteriker%20E2%80%93%20mehr%20Bildung%20w%C3%BCrde,Berliner%20Jakob%2DKaiser%2DHaus.>

AfD (24.02.2023): Stephan Brandner: Verhöhnung des Rechtsstaats durch radikale Klima-Aktivisten hart bestrafen. <https://www.afd.de/stephan-brandner-verhoehnung-des-rechtsstaats-durch-radikale-klima-aktivisten-hart-bestrafen/>

AfD (31.01.2023): Stephan Brandner: Letzte Generation will parlamentarische Demokratie abschaffen. <https://www.afd.de/stephan-brandner-letzte-generation-will-parlamentarische-demokratie-abschaffen/>

AfD (22.12.2022): Stephan Brandner: Falsche Notrufe und Zerstörungswut: Extremistischer Klimawahn eskaliert zusehends. <https://www.afd.de/stephan-brandner-falsche-notrufe-und-zerstoerungswut-extremistischer-klimawahn-eskaliert-zusehends/>

AfD (05.12.2022): Stephan Brandner: Klima-Chaoten der sogenannten „Letzten Generation“ sind Verfassungsfeinde. <https://www.afd.de/stephan-brandner-klima-chaoten-der-sogenannten-letzten-generation-sind-verfassungsfeinde/>

AfD (25.11.2022): Stephan Brandner: Klimakleber auf Rollbahn des Berliner Flughafens überschreiten weitere Grenze. <https://www.afd.de/stephan-brandner-klimakleber-auf-rollbahn-des-berliner-flughafens-ueberschreiten-weitere-grenze/>

AfD (23.11.2022): Stephan Brandner: Konsequentes Durchgreifen des Rechtsstaates gegen Klimaterroristen nötig. <https://www.afd.de/stephan-brandner-konsequentes-durchgreifen-des-rechtsstaates-gegen-klimaterroristen-noetig/>

AfD (17.11.2022): Stephan Brandner: Instrumentalisierter Verfassungsschutz macht sich lächerlich. <https://www.afd.de/stephan-brandner-instrumentalisierter-verfassungsschutz-macht-sich-laecherlich/>

AfD (07.11.2022): Stephan Brandner: Radikalisierung der Klimaterroristen ernstnehmen und stoppen. <https://www.afd.de/stephan-brandner-radikalisierung-der-klimaterroristen-ernstnehmen-und-stoppen/>

AfD (01.11.2022): Stephan Brandner: Klimaterroristen zur Rechenschaft ziehen. <https://www.afd.de/stephan-brandner-klimaterroristen-zur-rechenschaft-ziehen/>

AfD (26.07.2022): Mariana Harder-Kühnel: Unterstützung von Klimaextremisten durch Habecks Ministerium stoppen! <https://www.afd.de/mariana-harder-kuehnel-unterstuetzung-von-klimaextremisten-durch-habecks-ministerium-stoppen/>

AfD (14.07.2022): Carsten Hütter: Straßenblockierer für Polizeieinsätze zur Kasse bitten! <https://www.afd.de/carsten-huetter-strassenblockierer-fuer-polizeieinsaetze-zur-kasse-bitten/>

AfD (23.05.2022): Stephan Brandner: Radikalen Klimaterror stoppen. <https://www.afd.de/stephan-brandner-radikalen-klimaterror-stoppen/>

AfD (20.04.2022): Stephan Brandner: Aus Umweltaktivisten dürfen keine Umweltterroristen werden! <https://www.afd.de/stephan-brandner-aus-umweltaktivisten-duerfen-keine-umweltterroristen-werden/>

CDU (27.04.2023): Mit Optimismus vorangehen. https://www.cdu.de/artikel/mit-optimismus-vorangehen?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_term=rss&utm_content=rss&utm_campaign=rss

CDU (08.11.2022): Gefahren ahnden, Recht durchsetzen. https://www.cdu.de/artikel/ Gefahren-ahnden-recht-durchsetzen?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_term=rss&utm_content=rss&utm_campaign=rss

CSU (24.12.2022): Aigner: An die Stärke unserer Demokratie glauben! <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/weihnachtsansprache-der-landtagspraesidentin/>

CSU (09.12.2022): Söder: Reichsbürger-Szene trocken legen. <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/soeder-reichsbuerger-szene-trocken-legen/>

CSU (07.12.2022): Huber: Die Ampel will ein anderes Land. <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/huber-die-ampel-will-ein-anderes-land/>

Die Linke (13.12.2022): Beutin zu Hausdurchsuchungen bei "Letzte Generation". <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/beutin-zu-hausdurchsuchungen-bei-letzte-generation/>

Die Linke (07.12.2022): Reichsbürger-Razzia: Gefahr bewaffneter rechter Netzwerke ernst nehmen. <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/reichsbuerger-razzia-gefahr-bewaffneter-rechter-netzwerke-ernst-nehmen/>

Die Linke (14.11.2022): Söder legt mit Präventiv-Arrest Axt an den Rechtsstaat. <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/soeder-legt-mit-praeventiv-arrest-axt-an-den-rechtsstaat/>

Die Linke (18.02.2022): Verbot des Containers muss aufgehoben werden. <https://www.die-linke.de/start/presse/detail/verbot-von-containern-muss-aufgehoben-werden/>

FDP (15.12.2022): Rechtslücken schließen und Grundrechte schützen. <https://www.liberales.de/content/rechtsluecken-schliessen-und-grundrechte-schuetzen>